



MdB Alexander Föhr

# Bericht aus Berlin

März 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

um mit dem Positiven zu beginnen: Es wird endlich Frühling! In den Debatten und Themen hier in Berlin hat sich jedoch leider nichts geändert. Zwei Jahre nach der Zeitenwenderede des Kanzlers und dem Beschluss über 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr hat sich in Sachen Verteidigungsfähigkeit Deutschlands nichts getan. Im Gegenteil: Die

Ampel hat den Verteidigungsetat gekürzt!

Auch in vielen weiteren Debatten kommen wir nicht weiter und die Kanzlerbefragung hat in dieser Woche erneut keine Klarheit gebracht – im Gegenteil. In diesen schwierigen und herausfordernden Zeiten ist Deutschland ohne Führung, ein Plan ist nicht erkennbar. Gefreut habe ich mich aber, dass ich mit meiner politischen Kollegin Franziska Brantner gemeinsam die Erklärung der Ukrainischen Gesellschaft Heidelberg mit der Bitte um weitere Unterstützung entgegennehmen und weiterleiten konnte. Zusammen geht es eben auch! Im Bildungsausschuss hatte ich in dieser Woche mehrere Berichterstattungen und konnte im Plenum eine Rede zum Thema Wissenschaftskommunikation halten, diese finden Sie [hier](#).

Viel Spaß bei der Lektüre

Ihr

*Alexander Föhr*



## **Deutschland ohne Führung**

### **Regierung ist innen- und außenpolitisch ein Desaster**

In dieser Woche stand Bundeskanzler Olaf Scholz dem Parlament Rede und Antwort. Ich muss ehrlich gestehen, der Auftritt hat mich entsetzt und war eines Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland nicht würdig!

Berechtigte und sachlich vorgetragene Fragen meiner Fraktionskollegen beispielsweise zu seiner Haltung und Argumentation zu Lieferungen von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine beantwortete er mit persönlichen Angriffen auf die Abgeordneten. Überdies hat Olaf Scholz auf die Frage von Norbert Röttgen, der ihn „lediglich“ mit seinen eigenen Aussagen konfrontierte, diesen nicht nur plötzlich geduzt – was im Bundestag absolut unangemessen ist – sondern auch noch mit vagen Andeutungen reagiert, die unterstellten, Röttgen wisse mehr als andere und würde dennoch für Lieferungen plädieren. Die Bemerkungen von Scholz zielten vor allem darauf ab, die Kriegsangst in Deutschland zu schüren und sich selbst als Friedenskanzler darzustellen. Man könnte den Kanzler fast einen Verschwörungstheoretiker nennen. Zu allem Überfluss düpiert der Bundeskanzler auch noch unsere westlichen Verbündeten, in dem er auf offener Bühne den französischen Präsidenten Macron angeht und dann auch noch Geheimnisse über Einsätze von Soldaten aus Frankreich, Großbritannien und der USA ausplaudert. Ich persönlich finde dieses Verhalten gefährlich, denn am Ende profitiert nur einer davon – und zwar Wladimir Putin. Bezeichnenderweise gab es für die Ausführungen des Kanzlers zur Ukrainehilfe von Seiten der Koalitionspartner FDP und Bündnis 90/Die Grünen auch keinen Applaus, nur Schweigen.



MdB Alexander Föhr

Aber selbst, wenn man dem Bundeskanzler bei seiner Ukrainepolitik folgen wollte, ist es für mich unbegreiflich, wie wenig für die Wehrhaftigkeit Deutschlands unternimmt. Von den 100 Milliarden Euro Sondervermögen ist in die Sicherheit Deutschlands bisher kaum etwas investiert worden. Sollte im November tatsächlich ein neuer Präsident in Amerika gewählt werden und uns Sicherheitszusagen entziehen, träfe es Deutschland nahezu unvorbereitet.

Auch in vielen anderen Punkten kommen wir nicht weiter. In der Migrationskrise warten die Länder und Kommunen immer noch auf Lösungen, aber der Kanzler bleibt quasi unsichtbar und nimmt sich für die Bund-Länder-Runde nicht einmal eine Stunde Zeit.

Deutschland wird durch zahlreiche Streiks immer wieder stillgelegt, was nicht nur die Bürgerinnen und Bürger vor besondere Herausforderungen stellt, sondern auch erhebliche Schäden für die Wirtschaft bedeutet. Ein Streiktag kostet Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) rund 100 Millionen Euro an Wirtschaftsleistung – aber der Kanzler schweigt.

Auch in der Energiepolitik ist jetzt quasi amtlich, dass die Bundesregierung eine konzeptlose und katastrophale Politik betreibt. Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass die Bundesregierung den Zielen beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie hinreichend gesicherter, steuerbarer Kraftwerksleistung hinterherhinkt. Die Versorgungssicherheit ist gefährdet, der Strom ist teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt kann die Bundesregierung nicht voraussagen, geschweige denn umfassend bewerten. Insgesamt haben sich die Risiken seit der letzten Prüfung des Bundesrechnungshofes im Jahr 2021 verschärft.

Ohne Kurskorrektur wird das Klimaziel verfehlt, die Wirtschaft beschädigt und die Energiesicherheit gefährdet werden. Die Ampel muss in meinen Augen dringend Konsequenzen aus diesem Bericht ziehen: Eine grundlegende Neuausrichtung ist unumgänglich. Dabei muss der Fokus darauf gerichtet werden, wie mit sauberen Technologien, Klima und Wirtschaft zusammen gedacht werden können. Nur so wird die Akzeptanz für Klimapolitik dauerhaft gesichert und nur dann können wir auch international ein Impulsgeber werden.

Die Ampel wirft im Bereich der Klima- und Energiepolitik ständig neue Bälle in die Luft, die wenigsten aber fängt sie auf. Ändert sich das nicht grundlegend, endet das in dem Scherbenhaufen, den der Bundesrechnungshof der Ampel nun attestiert hat.

Dies sind nur einige Beispiele. Um es ganz deutlich zu sagen, mir geht es bei der Kritik am Bundeskanzler und der Bundesregierung nicht um bloße Oppositionsrhetorik. Ich bin ehrlich besorgt darüber, wie sehr die Bundesregierung die Sicherheit und den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet. Es wäre an der Zeit, dass der Kanzler sich deutlich erklärt, denn sein jetziges Verhalten ist eines Kanzlers nicht würdig!

Foto: Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel / photothek



## Wissenschaft und Demokratie

### Meine Rede zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation

Im Plenum des Bundestages haben wir am Mittwochnachmittag das Thema Wissenschaftskommunikation debattiert. Erkenntnisse aus der Wissenschaft sind für Politik und Gesellschaft wichtig, um gute Entscheidungen treffen zu können. Damit steht die Wissenschaft in besonderer Verantwortung und hat die wichtige Aufgabe, mit den Bürgerinnen und Bürgern den Dialog auf Augenhöhe zu suchen. Eine große Herausforderung, gerade heute, wo die Feinde unserer freien Gesellschaft das Internet als Propagandaplattform nutzen, wo Verschwörungstheoretiker sich weltweit vernetzen und gegenseitig bestätigen. Wir brauchen Aufklärung als Instrument gegen Fake-News und Fehlinformationen. Wissenschaft kann dies leisten, wenn sie verständlich ist, kommuniziert und gehört wird, auch und gerade durch neue Formate, mit denen eine breite Öffentlichkeit erreicht wird.

CDU-Bildungsministerinnen haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass Wissenschaftskommunikation von staatlicher Seite gefördert wird. Diesen Weg müssen wir weitergehen und unterstützen, dass möglichst viele Menschen, egal welchen Bildungs- oder Berufsabschluss sie haben, in ihrer Meinungsbildung von Wissenschaftskommunikation profitieren können. Auch die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Akademien sind gefragt, ihre Kommunikation zu verstärken und mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen möglichst breiten Kreis anzusprechen.

Die ganze Debatte zum Thema können Sie [hier](#) jederzeit nachverfolgen.



## Auszeichnung für Spitzenforschung

### Der wichtigste Forschungsförderpreis geht 2-mal nach Heidelberg

Nach meiner Rede zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation habe ich mich am Mittwochnachmittag direkt auf den Weg zur Berliner Akademie der Wissenschaften gemacht. Die Chance, [Frau Prof. Dr. Rohini Kuner](#) und [Herrn Prof. Dr. Jonas Grethlein](#) persönlich zu gratulieren, wollte ich mir auf keinen Fall entgehen lassen. Die beiden Spitzenwissenschaftler der Universität Heidelberg waren zur Verleihung des Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis, der wichtigsten deutschen Auszeichnung im Bereich der Forschungsförderung, nach Berlin gekommen.

Der Leibniz-Preis für Rohini Kuner würdigt ihre bahnbrechenden Arbeiten zu Mechanismen, die chronischen Schmerzen zugrunde liegen. Mithilfe experimenteller Ansätze ist es ihr gelungen, zentrale neurale Bahnen der Schmerzübertragung zu bestimmen. Jonas Grethlein erhielt den Preis für seine Arbeiten zur antiken griechischen Literatur. In seinen Werken erscheint die Antike aktuell und nah, weil sie in kritischen Dialog mit der Gegenwart tritt. Er hat nicht nur die Entwicklung der Klassischen Philologie, sondern auch die der Literatur-, Kultur- und Geschichtswissenschaften wesentlich beeinflusst.

Dass der 1985 ins Leben gerufenen Leibniz-Preis dieses Jahr direkt zwei Mal an Forschende aus Heidelberg vergeben wurde, zeigt die Exzellenz unsere Wissenschaftsstadt. Und als Heidelberger macht es mich sehr stolz. Die Preisverleihung können Sie [hier](#) anschauen.



## **Durch mehr Forschung zurück ins Leben**

### **Long-Covid-Patienten effektiv unterstützen**

In Deutschland leiden aktuellen Studien zufolge etwa 2,5 Millionen Menschen an den Folgen einer COVID-Infektion. Die Auswirkungen sind höchst unterschiedlich. Die einen kämpfen sich jeden Tag extrem erschöpft durch Alltag, Beruf und Sozialleben, andere können das abgedunkelte Zimmer kaum verlassen. Dennoch gibt es in Deutschland bei der Forschung zu diesen bedeutsamen Gesundheitsproblemen erheblichen Nachholbedarf. Die Bundesregierung zeigt zu wenig Initiative bei der Förderung der notwendigen Grundlagenforschung. Unser Druck im Deutschen Bundestag hat zwar zu einer Aufstockung der Fördermittel geführt, dennoch bleiben die Anstrengungen und die Koordination zwischen den zuständigen Ministerien, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Bundesgesundheitsministerium (BMG), weit hinter dem Notwendigen zurück. Als Folgerung aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage fordern wir einen dringenden Kurswechsel: Die Einrichtung einer Dekade gegen Long Covid und die Überwindung von Ressortegoismen zugunsten einer ressortübergreifenden Strategie. Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger muss ihre Rolle aktiv wahrnehmen, die Vernetzung zwischen Wissenschaft, Forschung und Industrie vorantreiben und die Forschungsförderung des Bundes und der Länder effektiv koordinieren. Die Debatte im Plenum können Sie [hier](#) anschauen.



## **Länder und Kommunen nicht im Stich lassen**

### **Zugesagte Maßnahmen unverzüglich umsetzen**

Letzte Woche fand die Ministerpräsidentenkonferenz zum Thema Migration statt, diese Woche holen wir als Unionsbundestagsfraktion das Thema erneut in den Deutschen Bundestag. Die Zugangszahlen über das Asylsystem sind nach wie vor historisch hoch. Allein in den vergangenen zwei Jahren wurden 596.047 Asylanträge in Deutschland gestellt. Zusätzlich wurden seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine (24. Februar 2022) 1.139.689 (Stand 02/24) Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen – die meisten davon erhielten unmittelbar nach Ankunft einen Aufenthaltstitel nach §24 AufenthG.

Allein bei der Betrachtung der Realitäten in den Städten und Kommunen, völlig frei von ideologischen Debatten, ist festzuhalten: Die Kapazitätsgrenzen zur Aufnahme und Integration sind vielerorts erreicht. Maßnahmen zur Regulierung und Steuerung der Zuwanderung müssen von Seiten der Bundesregierung dringend in Angriff genommen werden. Oder anders ausgedrückt: Zumindest die mit allen Ministerpräsidenten vereinbarten Maßnahmen sollten zügig der Umsetzung zugeführt werden. Die Behauptung des Bundeskanzlers, dies sei bereits geschehen („haben alle Fragen abgearbeitet“; Plenarprotokoll 20/150, S. 19125), ist schlichtweg falsch.

Aus unserer Sicht, liebe Leserinnen und Leser, müssen folgende – bereits vereinbarte Punkte (!) – von der Bundesregierung mit höchster Priorität bearbeitet werden: keine Ausweitung des Familiennachzuges, Fertigstellung des Prüfauftrages über Asylverfahren in Drittstaaten sowie eine möglichst flächendeckende Einführung der Bezahlkarte.

Aus Verantwortung gegenüber den Schutzbedürftigen und unter Betrachtung der faktischen Aufnahmegrenzen der Kommunen und Länder muss die Bundesregierung endlich wieder einen Steuerungsanspruch in der Migrationspolitik praktisch nachweisen und nicht nur darüber sprechen. Unseren Antrag dazu finden Sie [hier](#).



## Termine im Wahlkreis

Nach einer pickepacke vollen Sitzungswoche geht es heute Nachmittag zurück in die Heimat. Leider bleibt mir nur das Wochenende, denn es ist erst Halbzeit in einer sogenannten „Doppel-Sitzungswoche“.

Der CDU-Ortsverband Heidelberg-Ziegelhausen beteiligt sich an der Aktion „Saubere Stadt“. Das unterstütze ich selbstverständlich gern. Wir werden im Bereich der Kleingemünderstraße und des Neckarufers wieder für Sauberkeit sorgen.

Am Sonntag steht dann noch ein Benefiz-Hockeyspiel bei der AC Weinheim an. Leider fehlte mir die Zeit mich vorher einmal mit dem Hockeyschläger vertraut zu machen, aber als Ball-sportler gehe ich frohen Mutes in das Spiel und freue mich bereits darauf.

Die kommende Sitzungswoche erhalte ich wieder Besuch aus dem Wahlkreis. Am Mittwoch darf ich eine Gruppe von angehenden Bauzeichnerinnen und Bauzeichnern der Johannes-Gutenberg-Schule im Deutschen Bundestag begrüßen. Dafür nehme ich mir gern die Zeit.





MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

## KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: [alexander.foehr@bundestag.de](mailto:alexander.foehr@bundestag.de)

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: [alexander.foehr.wk@bundestag.de](mailto:alexander.foehr.wk@bundestag.de)

Telefon: 06221 608080